

## Pressemitteilung

Fulda, 25. April 2012

### Deutschland macht „elektromobil“

Experten erläutern Probleme Herausforderungen an einen  
Zukunftsmarkt

**Deutschland macht elektromobil. Aber wie das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung erreichen, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf deutsche Straßen zu bringen? Mit den Herausforderungen und Problemen der Politik und der Wirtschaft befassten sich jetzt anlässlich einer Vortragsveranstaltung der Wirtschaftsrat-Sektion Fulda Experten aus Landesregierung, Bundesverband e-Mobilität und Daimler AG.**

Dr. Peter Doepgen von der Projektgruppe Elektromobilität in der hessischen Staatskanzlei erläuterte in seinem Vortrag u.a. die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung und Hessens, mit denen Deutschland zum „Leitmarkt und Leitanbieter“ werden soll. Inzwischen sei die zuvor auf das Rhein-Main-Gebiet und den Raum Kassel beschränkte Landesförderung der Elektromobilität auf Regionen in ganz Hessen ausgeweitet worden. Aktuell seien Konzepte z.B. für elektrisch betriebene Autos, Roller, Fahrräder oder Briefbusse in Arbeit. Vor einem Jahr sei die Elektromobilität per Kabinettsbeschluss zum neuen politischen Schwerpunkt der Landesregierung erhoben worden. Zur Kofinanzierung für Projekte der Elektromobilität stehen nach Auskunft Doepgens 20 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere zwei Millionen Euro seien für die Beschaffung von Elektrofahrzeugen des Landes vorgesehen. Das hessische Förderprogramm werde von 2013 bis 2015 durchgeführt.

Der Bundesverband eMobilität e.V. hat sich die Vernetzung der Akteure aus Wirtschaft, Politik und Medien auf die Fahne geschrieben, wie die Leiterin der Landesvertretung Hessen, Susanne Weiß, hervorhob. Dabei stünden u.a. Informationen für die Verbraucher, Verbesserungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Elektromobilität sowie die Unterstützung bei der Etablierung Deutschlands als Leitanbieter und Leitmarkt für Elektromobilität im Vordergrund.

Wie Frau Weiß weiter ausführte, sei die Batterie nicht nur die Schlüsseltechnologie, sondern auch der bedeutendste Kostenfaktor für ein Elektroauto – 500 bis 750 Euro pro Kilowattstunde; kein Wunder, dass schon Kleinstwagen mit mehr als 20 000 Euro zu Buche schlagen. Im Gegensatz zu anderen Ländern (Kanada etwa fördert Elektroautos mit 8500 Euro, USA mit 7500, China mit 7000 oder Frankreich mit 5000 Euro) lehne die Bundesregierung eine direkte Subventionierung des Kaufpreises ab. Dafür würden Anreize wie die Mitbenutzung von Busspuren, Erlass der Kfz-Steuer für zehn Jahre oder Sonderrechte auf Parkplätzen diskutiert. Negativ für Arbeitnehmer wirke sich wegen des höheren Anschaffungspreises für Elektroautos die derzeitige steuerliche Regelung für privat genutzte Dienstwagen aus. Im nächsten Jahr gäbe es immerhin etwas Erleichterung, dann sei die Besteuerung von Elektrofahrzeugen in Höhe des Listenpreises abzüglich der Batteriekosten

vorgesehen. „Null-Besteuerung von Elektro-Dienstfahrzeugen wäre erst ein tatsächlicher Marktanreiz“, so Frau Weiß.

Michael Schiebe, Produktmanager der Daimler AG, schilderte die An- und Herausforderungen der Automobilhersteller, die auf den Elektro-Markt drängen. So habe sich die Denkweise der Kunden merkbar verändert. Diese hätten die Notwendigkeit für nachhaltige und emissionsfreie Mobilität erkannt, was für die Branche bedeute, dass die traditionellen Marktregeln geändert und neue Geschäftsfelder mit neuen Rahmenbedingungen aufgebaut werden müssten. Mit Einführung der Elektroautos ergäben sich außerdem völlig neue Fragen und Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung des Personals an Vertriebsmodelle. Schiebe erläuterte aus Sicht der Marketing- und Vertriebsfachleute seines Unternehmens die Vorgehensweise, mit der Daimler den Markt für Elektroautos, der derzeit bundesweit bei gerade mal 0,01 Prozent läge, ausbauen will.

Interessante Information am Rande: Schon vor 100 Jahren gab es Elektrofahrzeuge; mehr als herkömmliche Autos. Erst die Erfindung des elektrischen Anlassers, der das anstrengende Ankurbeln des Benzinmotors überflüssig machte, führte damals zum Ende der Elektromobilität.

---

**Kontakt:**

**Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Landesverband Hessen**  
**Dr. Bernhard Knaf, Landesgeschäftsführer, Tel. 069/727313**  
**Ulrich Jung, Pressebeauftragter: Tel: 0170-2444296**  
**E-mail: [u.jung@wirtschaftsrat.de](mailto:u.jung@wirtschaftsrat.de)**